- für Ausbildungsstätten der Kreisbetriebe für Landtechnik und materiell-technische Versorgung durch den Leiter des Bezirkskomitees für Landtechnik und materiell-technische Versorgung,
- für Ausbildungsstätten der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe durch den Hauptdirektor der WB Forstwirtschaft.

§ 3

(1) Der Antrag auf staatliche Anerkennung als Lehrbetrieb kann durch die Vorstände der Genossenschaften bzw. Leiter der Betriebe an das unter § 2 genannte zuständige Organ gerichtet werden.

(2) Die LPG der Typ I, II und III, die Anträge auf staatliche Anerkennung als Lehrbetrieb gestellt haben, sind durch eine Kommission des Kreislandwirtschaftsrates auf ihre Eignung als Lehrbetrieb zu überprüfen. Die Kommission setzt sich aus Vertretern von Betrieben und Ausbildungsstätten, Mitgliedern der Aktive der entsprechenden Produktionszweige des Kreislandwirtschaftsrates und Mitarbeitern des Rates des Kreises, Abteilung Volksbildung, zusammen. Die Mitglieder der Kommission werden nach Zustimmung der zuständigen Leiter vom Vorsitzenden des Kreislandwirtschaftsrates ernannt.

(3) Die Ausbildungsstätten der bezirksgeleiteten VEG, des Gartenbaus in VEG, GPG und LPG sowie der halbstaatlichen Gartenbaubetriebe, die Anträge auf staatliche Anerkennung als Lehrbetrieb gestellt haben, sind durch eine Kommission des Bezirkslandwirtschaftsrates auf ihre Eignung als Lehrbetrieb zu überprüfen. Die Kommission setzt sich aus Vertretern von Betrieben und Ausbildungsstätten, Mitgliedern der Aktive der entsprechenden Produktionszweige des Bezirkslandwirtschaftsrates und Mitarbeitern des Rates des Bezirkes, Abteilung Volksbildung, zusammen. Die Mitglieder der Kommission werden nach Zustimmung der zuständigen Leiter vom Vorsitzenden des Bezirkslandwirtschaftsrates ernannt.

(4) Die Generaldirektoren bzw. Hauptdirektoren oder im § 2 genannten WB sowie der Leiter der Güterdirektion der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften stützen sich bei der Überprüfung der ihnen unterstellten Betriebe, die Anträge auf staatliche Anerkennung als Lehrbetrieb gestellt haben, auf die bei den Bezirks- bzw. Kreislandwirtschaftsräten bestehenden Kommissionen.

§ 4

(1) Nach erfolgter Bestätigung durch den Leiter des zuständigen Organs ist dem Betrieb eine Urkunde zu überreichen, die ihn dazu berechtigt, die Bezeichnung „Staatlich anerkannter Lehrbetrieb“ zu führen. Aus der Urkunde muß ersichtlich sein, für welche Ausbildungsberufe die Anerkennung ausgesprochen wurde.²³

(2) Die staatliche Anerkennung als Lehrbetrieb ist den Ämtern für Arbeit und Berufsberatung bei den Räten der Kreise mitzuteilen.

(3) Bei Nichteinhaltung der geforderten Bedingungen kann der Titel „Staatlich anerkannter Lehrbetrieb“ aberkannt werden.

§ 5

(1) Bewährten und erfahrenen Facharbeitern mit Facharbeiterprüfung, Meistern, Hoch- und Fachschulabsolventen, die in sozialistischen Land- und Forstwirtschaftsbetrieben tätig sind, kann die staatliche

Lehrberechtigung zur Einzelausbildung von Lehrlingen durch die Leiter der unter § 2 genannten zuständigen Organe erteilt werden.

(2) Voraussetzung ist, daß die Lehrberechtigten durch ihre politischen, fachlichen und pädagogischen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie durch ihre moralischen Qualitäten die Gewähr für eine gute sozialistische Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen geben.

§ 6

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1965 in Kraft.

Berlin, den 12. März 1965

**Der Vorsitzende
des Landwirtschaftsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

E w a l d
Minister

**Anordnung
über die Finanzierung von Messebeteiligungen und
Ausstellungen des Außenhandels der Deutschen
Demokratischen Republik im Ausland,
in Westdeutschland und in Westberlin.**

Vom 12. März 1965

Im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen wird folgendes angeordnet:

§ 1

(1) Die Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik (nachstehend „Kammer“ genannt) trägt folgende bei der Organisation von Industrie- und Kollektivausstellungen sowie Informationsständen entstehenden Kosten (Kammeranteil):

1. Standmiete;
2. Frachten und Rollgelder für Standbau und sonstiges Material der Kammer sowie Zollgebühren;
3. Gestaltungs- und Standbaukosten in der Deutschen Demokratischen Republik und im Messeland;
4. Kosten für Vorbereitungsdelegation der Kammer;
5. für die Messedelegation der Kammer
 - a) Reisekosten, Tage- und Übernachtungsgelder für die Messevorbereitungen in der Deutschen Demokratischen Republik,
 - b) Reisekosten vom Betrieb zum Messeort und zurück,
 - c) Visagebühren,
 - d) Tage- und Übernachtungsgelder im Messeland sowie Reisekosten im Messeland;
3. Kosten für Repräsentation, Empfänge, Pressekonferenzen und Werbung der Kammer;
7. sonstige allgemeine Kosten der Kammer in der Deutschen Demokratischen Republik und im Messeland.

(2) Für die Informationsstände der Deutschen Demokratischen Republik trägt die Kammer auch alle im § 2 genannten Kosten.

(3) Für die Organisation der im Abs. 1 genannten Ausstellungen und Informationsstände erhält die Kammer zur Deckung ihrer hierfür entstehenden Kosten